



+++ Neue Weltordnung entsteht +++ E-Mobilität in Unternehmen +++ Bürgerschaftswahl: Bezirksfraktionen befragt +++ Klimaurteil: Appell an das Bundesverfassungsgericht +++



Auf ein Wort

Liebe Mitglieder und Freunde
des Billbrookkreises, liebe
Leserinnen und Leser,

der Pulverdampf des Silvesterfeuerwerks ist verfliegen. Die Probleme aus dem Vorjahr leider nicht. Kriege, Krisenherde, das Leid vieler Menschen auf der Welt gehen weiter. Klimaveränderungen belasten uns. Aber wo sind eigentlich die Klimaschützer und deren Einsatz, um gegen die kriegsbedingte Klimaver-schmutzung die Stimme zu erheben? Ein Ende der Krisen ist nicht absehbar, zumal Politiker eines Nato-Partnerlands neue Begehrlichkeiten in Richtung Grönland und Panama äußern. Europa ist sich uneinig, Partikularinteressen nehmen zu und lassen die Staaten auseinander-driften. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in dramatischem Abschwung, eine Kehrtwende ist nicht in Sicht. Was aber braucht die Wirtschaft, um wieder in Fahrt zu kommen? Günstige Energien, Planungssicherheit, gute Infrastruktur, weniger Bürokratie und Bevormundung durch den Staat! Gute Unternehmer wissen ihren Betrieb erfolgreich zu führen, der Staat muss nur einen ordent-lichen Rahmen vorgeben. Nicht alles war 2024 schlecht, aber leider zu viel. Die Bundestagswahlen werden zeigen, wer die nächsten vier Jahre den Rahmen für die Wirtschaft absteckt und den Bürgern neue Perspektiven aufzeigt. Kürzlich verständigten sich die Parteien auf einen respektvollen Wahlkampf – die Tinte war noch nicht trocken, als eine poli-tische Vertreterin dem Gegner eine Verbalinjurie an den Kopf warf, dessen Wortlaut wir hier ersparen. Es sollte die Regel sein, jedem Menschen mit An-stand und Ehrbarkeit gegenüberzutreten. Das politische Profil einer Partei wird nicht durch Beleidigungen beschrieben, sondern durch klare Akzente! Es bleibt zu hoffen, dass 2025 wirtschaftlich deut-lich besser, für die Menschen friedlicher und mit weniger Pulverdampf wird.

Beim Lesen des neuen billbrookkers wünsche ich Ihnen viel Freude.

Herzlichst Ihr

Bernhard Jurasch



Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 den weitreichenden Klimabeschluss gefasst.
Foto: Bundesverfassungsgericht / foto USW. Uwe Stohrer, Freiburg

Appell an das Bundesverfassungsgericht

Der Billbrookkreis-Vorstand hat unter Federführung von Rechts-anwalt Dr. Dietmar Buchholz und in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Aufsichtsratsvorsitzender der Aurubis AG, im Oktober 2024 eine kritische Stellungnahme an das Bundes-verfassungsgericht gesandt. Im September des Jahres hatten die Umweltorganisationen Deutsche Umwelthilfe, Greenpeace Deutschland und Germanwatch sowie 54.000 weitere private Beschwerde-führer Verfassungsbeschwerde gegen die aus ihrer Sicht unzureichende Klimapolitik der Bundesregierung eingereicht,

gestützt auf den Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021. Der Billbrookkreis-Vorstand hat dies zum Anlass genommen, umstrittene Klimamodelle und -berechnungen, grüne Transformation bis spätestens 2045, die Folgen einer fortschreiten-den Deindustrialisierung sowie massiven Einschränkungen für die Bevölkerung bis hin zu Massenarbeitslosigkeit und Zwangsenteig-nung von Eigentum umfassend zu beleuchten. In seiner Antwort hat das Gericht Interesse bekundet, geht aber nicht auf die Inhalte ein.

Fortsetzung auf Seite 3

Die Welt ordnet sich neu!

Die Welt ordnet sich neu. Von der unipolaren Welt mit einem



Die BRICS-Staaten sind eines der sich neu entwickelnden Machtzentren.

Foto: Skórzewiak / Adobe Stock

Hegemonen zu einer künftigen multipolaren Weltordnung mit vielen kulturellen, wirt-schaftlichen und militärischen Machtzentren. Dies ist kein Schreckensgespenst.

Düstere Vorstellungen vom Niedergang des „Westens“ und der Verlust einer regelbasierten Ordnung greifen in der medialen Welt Platz.

Fortsetzung auf Seite 2

Bürgerschaftswahl 2025

Vier Fragen an die Fraktionen im Bezirk Hamburg-Mitte



Das Industriegebiet Billbrook/Rothenburgsort gehört zum Bezirk Hamburg-Mitte.

Foto: Billbrookkreis

Der Billbrookkreis fragt, Politiker ant-worten. Mit vier Fragen, die konkret das Industriegebiet Billbrook/Rothenburgs-ort betreffen, hat sich der Verein im Vorfeld der Bürgerschaftswahlen am 2. März an die Politiker im Bezirk Hamburg-Mitte gewandt. Drei Parteien haben Stellung genommen, die anderen haben, auch auf Nachfrage, bis zum Redaktionsschluss nicht geantwortet.

Fortsetzung auf Seite 6

In dieser Ausgabe

Appell an das Bundesverfassungsgericht	1 + 3
Bürgerschaftswahl 2025	1 + 6
Die Welt ordnet sich neu!	1 + 2
Interview: E-Mobilität – für einen kleineren ökologischen Fußabdruck	8

Interview: Generationen zwischen Diesel und E-Mobilität	9
In den Hafen investieren	10
Holzschnitte zum Industriegebiet Billbrook	11
Wirtschaftsjunioren vernetzen sich ..	12

Geld, Gold und Inflation.....	13
Der neue Billbrookkreis-Vorstand	14
Auf einen Blick	15
Rückgewinnung von wertvollen Metallen	16

25 Jahre Qualität



FAHRZEUGREIN DABELSTEIN
fahrzeugrein.de

Die Welt ordnet sich neu!

Fortsetzung von Seite 1

Richtig allein an diesem Bild ist, dass sich die Welt neu ordnet und es entscheidend darauf ankommt, wie der Westen mit dem Verlust seiner Dominanz umgeht. Es droht durch die Bildung neuer wirtschaftlicher, militärischer und kultureller globaler Machtzentren kein Ende der Zivilisation und ist historisch betrachtet auch keine neue Erfindung. Es gibt kein Reich für die Ewigkeit. Die Zeit einer multipolaren Weltordnung mit den USA als Führungsnation neigt sich dem Ende zu und das ist kein Nachteil für die Welt. Dies bedeutet weder den Untergang der USA noch der Europäischen Union.

Eines dieser sich entwickelnden Machtzentren sind die BRICS. Die BRICS-Mitgliedstaaten sind ein Verbund aus den Ländern Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika, Ägypten, Äthiopien, Iran und den Vereinigten Emiraten. Mehr als 30 Länder haben ihre Beitrittsabsicht erklärt. Diese Länder repräsentieren 45 Prozent der Weltbevölkerung und 35 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts. Der Verbund ist die Antwort des globalen „Südens/Ostens“ auf den Führungsanspruch des „Westens“. Die G 7, in denen die wichtigsten Industrieländer wie die USA, das Vereinigte Königreich, Italien, Frankreich, Japan, Kanada und Deutschland vertreten sind, repräsentieren hingegen knapp 10 Prozent der Weltbevölkerung und erwirtschaften 30 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung (Quelle: Statistisches Bundesamt, G 7 in Zahlen).



Veränderungen in der Welt mit Toleranz und Offenheit begegnen.
Foto: DK, 2020, KI-generiert / Adobe Stock

Das Aufbegehren des globalen „Südens/Ostens“ gegenüber der Dominanz des „Westen“ hat viele Beweggründe. Sie resultieren u.a. aus den Erinnerungen einiger Länder während der Kolonialzeit. Die von den USA 2008 ausgehende Finanz- und Wirtschaftskrise war Anlass der BRICS, sich zur Verteidigung ihrer Interessen und der Forderung nach Veränderung der vom Westen dominierten internationalen Organisationen wie OECD, WTO, IWF und der Weltbank zu einem Bund zu verbinden.

Für was steht der „Westen“ aus der Sicht des „Sü-

dens“ heute? Wie wird er vom globalen „Süden/Osten“ gesehen. Einst stand der Westen für Wohlfahrt, Fortschritt, sozialen Ausgleich, Gerechtigkeit und Humanismus und das große Freiheitsversprechen. Zuletzt durch die Nahostkriege, den Gaza-Konflikt, den Ukrainekrieg, hat der Westen diesen Ruf eingebüßt. Aus der Sicht des Südens steht der Westen für Kriege, Bevormundung, Doppelmoral und Moralisierung der Außenpolitik sowie der Dämonisierung anderer Länder und Kulturen. Er wird als aggressiv wahrgenommen. Länder fühlen sich vom Westen militärisch bedroht und mit Sanktionen

überzogen. Demgegenüber sieht sich der Westen mit dem Führungsanspruch der USA als Hauptpfeiler der liberalen, rechtbasierten Weltordnung, als politisches historisches Projekt mit globalem, universellem Anspruch, als eine Ordnung, die für Offenheit, für gemeinsame Werte, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und regelbasierter Kooperation statt Konkurrenz zwischen den Staaten steht. Die USA sehen sich in religiöser Verklärung als außergewöhnliche Nation, die für die Welt unverzichtbar ist.

Was ist an dem Bild des „Südens“ über den „Westen“ richtig. Konfliktbeziehungen des Westens durch „Regime Change“, verdeckte CIA-Aktionen, militärische Bedrohungen und Sanktionen gegenüber Russland, dem Iran und China, der arabischen Welt, Afrika, Lateinamerika, Südasien prägen das Bild vom Westen und führen zu einer Entfremdung vom Rest der Welt. Gegen unliebsame Länder wird der Dollar als Waffe eingesetzt, Länder zur Übernahme von Sanktionen und Konfiszierung fremden Vermögens zu Lasten ihrer Souveränität verpflichtet. Die um den Dollar herum errichteten Finanzorganisationen wie die Weltbank, das Zahlungssystem SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) und das Handelssystem (WTO) werden von den USA dominiert. Diese Dominanz hat die Abwehrhaltung des globalen „Südens/Ostens“ gestärkt. So gefährdet die große Staatsverschuldung der USA die Stellung des Dollars als Weltwährung. Als Ergebnis planen die BRICS ein alternatives Währungssystem, um das Dollarprivileg zu beenden.

Fazit:

Eine gedeihliche und friedfertige Entwicklung der Welt verlangt, angesichts der großen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen und Spannungen in der Welt, Kooperation und Koexistenz sowie den Respekt und die Achtung anderer Kulturen. Die Rhetorik des Kalten Krieges muss beendet werden. Konfliktbeziehungen führen zwangsläufig zur Entfremdung. Im Verhältnis zu den USA muss Europa, insbesondere

das deutsch-französische Tandem, seine Autonomie zurückgewinnen und sich aus dem Schlepptau US-amerikanischer Interessen emanzipieren. Die Europäer sollten sich an den Abend des 24. Oktober 1648 erinnern, an diesem Tag wurde der Westfälische Friede geschlossen und der Grundstein für die Gleichberechtigung europäischer Staaten und die Entstehung souveräner Staaten gelegt. Dies muss auch für eine multipolare Welt gelten.

Der „Westen“ ist längst nicht so gut, wie er sich gern sieht. Der US-amerikanische Präsident hat, wie von ihm angekündigt, die große Chance, die aktuellen Konfliktbeziehungen einzudämmen und so den Ruf des „Westens“ in der Welt, nachhaltig zu verbessern. Auch die Europäer müssen ihre passive Rolle und die in Teilen der Politik und öffentlichen wie privaten Medien anzutreffende Kriegsrhetorik überdenken.

Es kann doch nicht sein, dass in einem Krieg, der auf europäischem Boden stattfindet und täglich zu mehr Tod, Leid und Zerstörung führt, Europa zwar die Lasten trägt, bei den Friedensbemühungen jedoch teilnahmslos danebensteht. Hier ist das deutsch-französische Tandem gefordert, statt den Krieg zu befeuern, aktiv die Friedensbemühungen des US-amerikanischen Präsidenten zu unterstützen. db



BiB Bauen im Bestand GmbH

Betoninstandsetzung | Abdichtung | Oberflächenschutzsysteme | Gussasphalt

Bauwerke brauchen eine Zukunft...
Wir sanieren für Sie und sichern den Bestand.
Gemeinsam finden wir die wirtschaftlichste Lösung.
Wir beraten Sie gerne.

Fon (040) 485 09 79-0
Fax (040) 485 09 79-61
Halskestraße 60 – 62 | 22113 Hamburg
www.bib-hamburg.de

Appell an das Bundesverfassungsgericht

Fortsetzung von Seite 1

Brief des Billbrookkreises an das Bundesverfassungsgericht vom 8. Oktober 2024

Sehr geehrter Herr Präsident
Prof. Dr. Harbarth,

Der Billbrookkreis e.V. ist ein Zusammenschluss von Unternehmen in Billbrook/Rothenburgsort/Allermöhe, Norddeutschlands größtem zusammenhängenden Industriestandort und wichtigstem Industrie- und Gewerbegebiet Hamburgs neben dem Hamburger Hafen. Wir verstehen uns als Initiative zur Förderung guter unternehmerischer Nachbarschaft und Interessenvertretung für unsere Mitgliedsunternehmen. Ziel des Billbrookkreises ist es, Impulse für den Industriestandort zu setzen, um diesen attraktiv und modern für die Unternehmen und die Gesellschaft zu erhalten bzw. zu erneuern. Diese Bemühungen drohen zu scheitern, wenn der durch Hysterie und Wunschenken geprägte „Grünen Energiewende“ nicht mit der gebotenen fachlichen wissenschaftlichen Expertise, ideologiefrei und nach objektiven Maßstäben begegnet wird. Hier kommt dem Bundesverfassungsgericht eine herausragende Bedeutung zu.

Der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts 2021 leidet ersichtlich daran, dass die Auswahl der Wissenschaft einseitig, sich die Bundesregierung nahezu kritiklos die Behauptungen der Kläger zu eigen gemacht, die Wirtschaft und Arbeitnehmerverbände nicht einbezogen, die negativen Auswirkungen auf das private und gewerbliche Eigentum breiter Schichten der Gesellschaft völlig ausgeblendet wurde. Last but not least, dass die damalige Berichterstatterin des Gerichts, die mit einem kommunalen Spitzenpolitiker der Grünen in Frankfurt/Main verheiratet ist, dies nicht offengelegt hat, sodass die Besorgnis der Befangenheit besteht.

1.
Es geht einer selbsternannten „Klimaelite“ darum, die ideologiebetriebene grüne Klimapolitik, die nur Verbote, Verteuerung, Zwang, Abschaltung und Verzicht kennt, Abseits der Realitäten und Fakten nach dem Motto „Koste es, was es wolle“ durchzusetzen. Es vergeht kein Tag, an dem die Öffentlichkeit nicht von den öffentlichen und privaten Medien, orchestriert durch professorale Weißen, mit der drohenden Klima-Apokalypse konfrontiert wird. Die angstmachenden Szenarien werden eingesetzt, um Zweifel an den Klimamodellen des International Plant Protection Convention (IPPC) gar nicht erst aufkommen zu lassen und die Bürger auf die mit der Energiewende verbundenen erheblichen Wohlstandsverluste vorzubereiten. Zu den Grenzen der Klimamodelle: Fritz Vahrenholt, „Die große Energiekrise“, 2023, S. 45. Die Deindustrialisierung Deutschlands droht nicht, sie ist, wie die aktuellen wirtschaftlichen Daten belegen, bereits real.

2.
In weiten Teilen der öffentlichen Meinung wurde der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts als „bahnbrechend“, als „die wohl bedeutendste Umweltschutz-Entscheidung in der Geschichte der Bundesrepublik“ gelobt. Die „Klimakleber“ stützen sich zur Rechtfertigung ihrer teilweisen strafbaren Handlungen auf diesen Beschluss. Kritik an der Entscheidung war kaum wahrzunehmen. Der Mitunterzeichner dieses Schreibens, Herr Prof. Fritz Vahrenholt, hat in seinem Buch „Unanfechtbar?“ den Beschluss einer umfassenden Kritik unterzogen und weist dem Gericht folgenschwere Fehler nach.

Kernbereich des Beschlusses ist die Berechnung

des bis 2030 noch zur Verfügung stehenden CO₂-Budgets, an dem das Gericht Handlungsbedarf für den Gesetzgeber ableitet. Das Gericht geht bis zur Erreichung der „Klimaneutralität“ von einem Restbudget von 6,7 Gigatonnen aus, obwohl selbst der Weltklimarat IPCC unterschiedliche Restbudgets errechnet hat. Bis 2030 sei der größte Teil des Restbudget verbraucht. Ist das Budget verbraucht, dürfe kein CO₂ mehr emittiert werden. Der Staat müsse Verhaltensweisen, die mit der Emission verbunden sind, erschweren oder ganz verbieten. Nimmt man den Beschluss ernst, müsste ab 2030 nahezu jede wirtschaftliche Tätigkeit in Deutschland eingestellt werden. Die Maßnahmen dürften sich nicht allein in einer Stilllegung von Verbrenner-Pkw erschöpfen. Überträgt man diese Forderungen auf den privaten und gewerblichen Gebäudebestand, drohten massive Betriebsstillegungen und Stilllegung von alten Wohngebäuden.

Das Gericht unterstellt in seinem Beschluss einen annähernd linearen Zusammenhang zwischen Gesamtmenge der CO₂-Emissionen und der globalen Temperaturerhöhung, obwohl wissenschaftlich unstrittig, dass Pflanzen und Ozeane riesige CO₂-Senken sind, die das CO₂ zur Hälfte binden können. U.a. ist Artikel 4 Abs. 1 des Pariser Klimaabkommens zu entnehmen, dass die Vertragsparteien bestrebt sind, in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts (nicht bis 2045) ein Gleichgewicht zwischen anthropogenen Emissionen und dem Abbau solcher Gase durch Senken ... herzustellen. Auch der IPCC geht von Senken und nicht von einem linearen Verlauf der CO₂-Emissionen aus. „Netto-Null-CO₂-Emissionen“ seien nicht gefordert, so der Experimentalphysiker Gerd Ganteför im „Südkurier“, 14. Mai 2022.



Die Forderungen des UN-Klimarats, CO₂-Emissionen zu senken, haben ihren Niederschlag in die europäische (Green Deal) und deutsche Gesetzgebung (Erneuerbare-Energien-Gesetz) gefunden.
Illustration: Dmitry Kovalchuk / Adobe Stock

Auch bleiben Rückkopplungseffekte, wie die Wolken, die selbst der IPCC in seinem Bericht anführt, unberücksichtigt. Unkritisch werden die „Schellnhuberschen Kipp-Punkte“ im Klimasystem übernommen, obwohl bereits im 5. Klimazustandsbericht des IPCC die meisten Kippunkte als sehr unwahrscheinlich dargestellt werden. Alternativen, wie die Kohlenstoffsequestrierung (CCS), werden als schwer realisierbar und wirtschaftlich unrentabel dargestellt, obwohl das Verfahren in der Praxis eingeführt ist.

3.
Das Gericht setzt international auf die deutsche Vorbildfunktion. Dass diese ins Leere läuft, wenn andere Staaten nichts oder wenig tun, ist für das Gericht ohne Belang. Zutreffend führt der deutsche Staatsrechtler Dietrich Murswiek in der „Festschrift für Dieter Dörr“ aus, „dass Artikel 20a GG deutsche Staatsorgane nicht dazu verpflichtet, Wirtschaft, Steuerzahler und Verbraucher gigantische Kraftanstrengungen und Kosten aufzuerlegen, wenn die Erderwärmung nicht aufgehalten werden kann und sich nicht einmal spürbar verlangsamt.“ Laut Prognosen wird aufgrund ungedrosselter Förderung fossiler

MAX WIEDE – Ihr regionaler Spezialist

Straßen- & Verkehrswegebau ▼ Straßen- & Flächenbeläge ▼ Flächenentwässerung und Kanalbau

Wir erbringen fast alle Gewerke in Eigenleistung, inklusive der optimalen Projektierung.

Als Mittelständler mit flachen Hierarchien bieten wir Können wie die „Großen“ und Flexibilität wie die „Kleinen“.



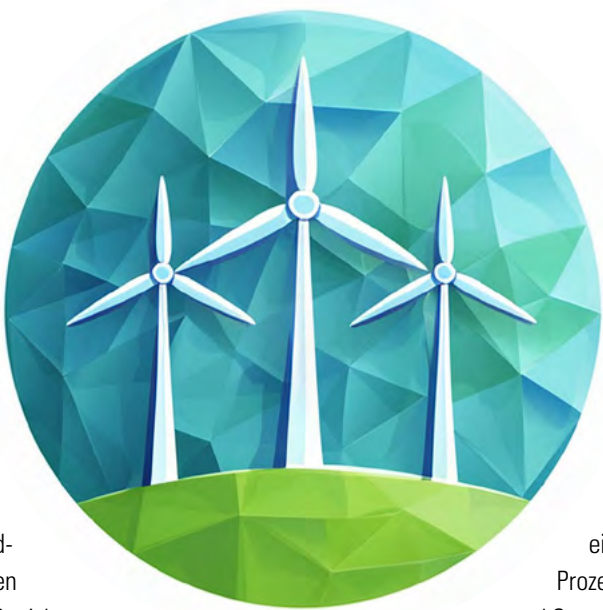
MAX WIEDE GmbH
Straßenbau Tiefbau Asphaltbau

Rungedamm 53, 21035 Hamburg
040 / 251542 – 0
info@max-wiede.de
www.max-wiede.de

Brennstoffe die weltweite Menge der CO2-Emissionen bis zum Jahr 2050 bis zu 42 Milliarden Tonnen steigen, Quelle: Statista 2024. Die Handelnden in den Ländern wie u.a. China, USA, Russland, Indien, Japan, Saudi-Arabien denken gar nicht daran, auf die Förderung zu verzichten. Mit Sonne und Wind lässt sich der steigende Energiebedarf der Weltbevölkerung und damit Wohlstandssicherung weiter Bevölkerungsteile nicht erreichen.

4. Nach dem Bericht des UN-Klimarats (IPCC 2023) müssen die CO2-Emissionen bis 2030 um 48 Prozent und bis 2040 um 80 Prozent und bis 2050 in allen Sektoren und Weltregionen und Energiesystemen auf Netto-Null sinken. Die Forderungen des Klimarats haben ihren Niederschlag in die europäische (Green Deal) und deutsche Gesetzgebung (EEG) gefunden. Nach dem EEG soll der Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 sogar bei 65 Prozent und 2040 bei 80 Prozent liegen. Der Energiebedarf der Industrie, für Wärme im Gebäudebestand, der Verkehr sowie die Dienstleistungen sollen in den verbleibenden 17 Jahren von den fossilen Energien auf Strom aus Wind und Sonne umgestellt werden. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die grüne Transformation in dem vorgegebenen Zeitraum nicht realisiert werden kann. 24.800 Windräder decken zurzeit gerade einmal 3 Prozent des Primärenergie-

bedarfs. Theoretisch ist es möglich, den Energiebedarf der Welt durch Sonne und Wind zu decken, wenn – losgelöst von den Kosten – in 17 Jahren genügend Wind- und Photovoltaikanlagen errichtet, hinreichend Speicherkapazitäten vorhanden sind, sodass auch dann Energie zur Verfügung steht, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint. Darüber hinaus müsste der gesamte private und gewerbliche Altbaubestand gedämmt und beispielsweise mit Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen zu vertretbaren Preisen umgerüstet werden. Ferner müssen genügend Handwerker und Planer für den Einbau vorhanden und die für die Umsetzung in den Sektoren Verkehr, Wohnen und Industrie erforderlichen Stromnetze entsprechend ausgebaut sein. Solange diese Voraussetzungen nicht erfüllt sind, kann mit Wind und Sonne der Bedarf eines Industrielandes nach ausreichender und preiswerter Energie realistisch nicht gedeckt werden. Nicht einmal ein Agrarland könnte mit hinreichend Strom versorgt werden.



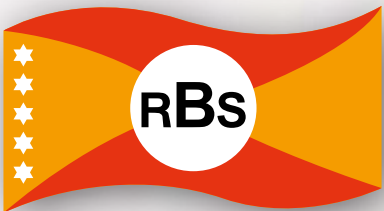
Im Fokus steht aktuell die Energiefrage im Zusammenhang mit dem Klimaschutz.
Foto: AlmerGungor, KI-generiert / Adobe Stock

Tatsache ist, dass der Primärenergieverbrauch in Deutschland 2020 zu 82,1 Prozent aus Kohle, Gas und Öl gedeckt wird. Erneuerbare haben einen Anteil von 17,9 Prozent. Davon aus Wind und Sonne, trotz jahrzehntelanger Milliarden Subventionen, nur 6,0 Prozent, Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Verkehr, Primärenergieverbrauch nach Energieträgern. An dem Verhältnis hat sich 2022 nichts Wesentliches verändert. Der Bau von Wind- und Photovoltaikanlagen müsste in wenigen Jahren hundertfacht werden, keine realistische Annahme.

Auch der weltweite Energiebedarf wird zu mehr als 80 Prozent durch fossile Energien gedeckt. Der Anteil von Wind und Sonne beträgt lediglich 3,3 Prozent, Quelle: Our World in data.org, Energy mix., 2022. Den wachsenden Energiebedarf der Welt bei steigender Erdbevölkerung durch Wind und Sonne in 15 Jahren zu decken, ist schlicht illusorisch. Offenkundig eine Jahrhundertaufgabe. Länder wie China, Afrika, die Golf-Staaten, Kanada, Australien, Russ-

land werden auf die Förderung fossiler Energien nicht verzichten, dies gilt insbesondere für die ärmeren Länder, die auf preiswerte Energie angewiesen sind. Auch die US-Regierung hat, trotz erheblicher Proteste, ein riesiges Ölprojekt in der Arktis genehmigt. Eine Zeitung schrieb, eine „Bombe“ für das Klima. Die Welt will und braucht Energie, die sicher, bezahlbar und klimafreundlich ist, hörenschrift im Internet: Prof. Gerd Ganteför, Klimasymposium I und II.

5. Der Green Deal der Kommission gefährdet ebenso wie die grüne Energiewende den Industriestandort Deutschland. Deutschland hat schon heute aufgrund des Ausstiegs aus der Atomkraft und der Kohle weltweit den höchsten Strompreis. Die Verteuerung der fossilen Energien ist politisch gewollt. Ursächlich ist u.a. das Abschalten von Kraftwerken in ganz Europa, die Belastung der Energieträger Kohle, Öl und Gas mit Steuern und Abgaben, die CO2-Bepreisung und der Zertifikate-Handel. Diese Politik, die den Blick für die Realitäten verloren hat, nimmt, wie die aktuellen wirtschaftlichen Daten hinreichend belegen, bewusst Versorgungsmängel und Wohlstandsverluste weiter Bevölkerungsteile in Kauf und bedroht damit den Wirtschaftsstandort Deutschland. Ökonomische und sozialpolitische Verwerfungen werden bewusst und gewollt in Kauf genommen.



RBS FIRMENGROPPE
Unterer Landweg 25 | 22113 Hamburg | Telefon 040 / 732 88 88 | www.rbsfirmengruppe.de

Ihre sand- und kieselieferanten aus der region hamburg

Baustoffe für Erd- und Straßenbau
Natürliche Rohstoffe für Garten- und Landschaftsbau
Entsorgung von Böden, Bauschutt & Aufbruch aller Art
Zertifizierte Entsorgungsfachbetriebe



HAMBURG | DIBBERSen | DERSEnOW | VELLAHN

Die grüne Transformation, die bis 2030 bzw. 2045 vollständig umgesetzt werden soll, ist an Realitätsverlust nicht zu überbieten. Statt technologieoffen zu sein, wird die Verbrennertechnik in der Automobilindustrie, der Einbau von Gas- und Ölheizungen sowie die Reparatur alter Öl- und Gasheizungen verboten. Der Einbau von Wärmepumpen oder Photovoltaikanlagen wird zwingend vorgeschrieben, unabhängig davon, ob sich der Eigentümer den Einbau überhaupt leisten kann. Es droht die Zwangsent-eignung von Eigentum. Damit nicht genug. Mit der beabsichtigten CO2-Bepreisung für Wärme, Verkehr und Konsum, will man die Umerziehung der Bürger einläuten. Die Zuteilung eines CO2-Budgets für je-den Bürger wird diskutiert. Es ist zu befürchten, dass die grüne Energiewende langsam in eine Ökodiktatur mündet. Es ist daher hohe Zeit, der ideologiege-triebenen grünen Klimapolitik durch mehr Realismus eine deutliche Absage zu erteilen.

Der Industriestandort Deutschland braucht Versor-gungssicherheit zu wettbewerbsfähigen Preisen. Nur so sind Arbeitsplätze und der Wohlstand breiter Schichten der Bevölkerung sicher. Keine Regierung kann jedes Jahr die hausgemachten erhöhten Preise mit Blick auf die Staatsverschuldung mit einem Scholzen „Doppel Wumms“ auffangen.

Ein Blick in die Realität, wie der Umfang und Zustand des Altbaubestandes, die vorhandene Infrastruktur, der Fachkräftemangel, die steigenden Kosten für alternative Energien, zeigt, dass der Weg zu einer CO2-neutralen Wirtschaft, ein Weg von mehreren Generationen ist. Will die Politik nicht ökonomische und sozialpolitische Verwerfungen in Kauf nehmen, muss sie technologieoffen, der Ausstieg aus der Atomkraft überprüft, die Entwick-lung von CO2-freier Kohletechnologie gefördert, das Frackingverbot aufgehoben und müssen mehr Stromspeichertechnologien aufgebaut werden.

6. Der Beschluss des Gerichts aus dem Jahre 2021 wird im Hinblick auf die Folgen für den Wirtschafts-standort Deutschland, die eine ungezügelte und unbedachte Energiewende ausgelöst hat, nicht gerecht. Die Forderungen sind bei realistischer und ideologiefreier Betrachtung nicht ohne Hinnahme gesellschaftspolitischer und sozialer Verwerfungen

umsetzbar. Die Deindustrialisierung Deutschlands mit Massenarbeitslosigkeit droht. Gewerbliche und private Immobilienbesitzer spüren schon heute die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen grüner Klimapolitik, die zu einer faktischen Enteignung und damit Verletzung des in Art. 14 GG geschützten Eigentums führt. Die von Eigentümern über Jahr-zehnte aufgebaute Altersversorgung, insbesondere zur Vorsorge in Pflegefällen, ist bereits gescheitert oder droht zu scheitern.

Sehr geehrter Herr Präsident Prof. Dr. Har-barth, der damalige Beschluss des Gerichts trägt leider nicht dazu bei, dass Vertrauen in die Unab-hängigkeit des Gerichts zu stärken. In einer Zeit, in der das Gericht zunehmend mit komplexen gesell-schaftspolitischen Fragen beschäftigt wird, darf der gute Ruf des Gerichts, den es sich über Jahrzehnte in der öffentlichen Meinung erworben hat, nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Wenn der durch Hysterie und Wunschenken geprägten „Grünen Energiewende“ nicht mit der gebotenen fachlichen wissenschaftlichen Expertise, ideologie-frei und nach objektiven Maßstäben begegnet wird, droht dem Wirtschaftsstandort Deutschland und breiter Bevölkerungsschichten massiver Schaden.

Der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts kommt daher eine herausragende Bedeutung zu. Es darf vom Bundesverfassungsgericht eine ideologie-freie, realistische und umfassende Abwägung der widerstreitenden Grundrechte erwartet werden. Ebenso eine umfassende und offene Ausein-der-setzung wissenschaftlicher Meinungen, die sich nicht allein auf der Wiedergabe sogenannter herr-schender Meinungen erschöpft. Eine Fokussierung ausschließlich auf zukünftige Generationen wird angesichts der Vielzahl noch ungeklärter, offener wissenschaftlicher Fragestellungen im Rahmen der Klimadebatte und Lösungen, dem Anliegen breiter Bevölkerungsschichten nicht gerecht.

Mit der geschätzten Hochachtung

Robert Meyer, RA Dr. Dietmar Buchholz
Bernhard Jurasch, Erster Vorsitzender BBK
Prof. Dr. Fritz Vahrenholt,
Aufsichtsratsvorsitzender Aurubis AG

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Billbrookkreis am 29. Oktober 2024 geantwortet

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts der großen Arbeitsbelastung und der vielfältigen sonstigen Verpflichtungen des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts ist es ihm leider nicht möglich, alle Eingaben - auch soweit diese an ihn persönlich gerichtet sind - selbst zu beantworten. Ihr Schreiben wurde mir daher zur Beantwortung zugeleitet. Hierzu teile ich Ihnen Folgendes mit:

Ihre Ausführungen zum Beschluss des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 - 1 BvR 2656/18 u.a. - wurden hier mit Interesse zur Kenntnis genommen. Der Beschluss ist in vollem Wortlaut auf der Homepage des Bundesver-fassungsgerichts unter www.bverfg.de (Entscheidungen) zu finden.

Das Bundesverfassungsgericht sieht grundsätzlich davon ab, seine Entscheidungen im Nachhinein zu erläutern oder zu kommentieren. Es bleibt deshalb dem Bürger selbst überlassen, welche Schlüsse aus den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu ziehen sind.

Angesichts dessen wird um Verständnis gebeten, dass auf Ihr Schreiben Weiteres vom Bundesverfassungsgericht leider nicht veranlasst werden kann (vgl. § 63-Abs. 1 GOBVerfG).

Kommentar

Die Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts überrascht nicht. Grundsätzlich nimmt das Bundes-verfassungsgericht zu seinen Entscheidungen keine Stellung und dafür gibt es gute Gründe. Dennoch ist die Absage enttäuschend. Gerade in Zeiten, in denen die Judikative – die „Dritte Gewalt“ – zu-nehmend mit komplexen gesellschaftspolitischen Fragen und widerstreitenden Interessen gefordert ist, wie bei den Entscheidungen im Rahmen der Klimapolitik und der Meinungsfreiheit, erwartet der Bürger nicht zu Unrecht, dass sich das höchste deutsche Gericht mit den geäußerten Besorgnissen der Wirtschaft, wie der drohenden Deindustria-lisierung Deutschlands und den damit verbunden massiven Schäden für breite Bevölkerungsschich-ten nicht lediglich mit Interesse zur Kenntnis nimmt,

sondern sich inhaltlich mit den Ausführungen in dem Schreiben auseinandersetzt. Wenn die höch-sten deutschen Richter im November 2021 und 2023 mit der Politik zu einem gemeinsamen Abendessen zusammenkommen, um sich auszutauschen, dient es sicherlich der Transparenz von Entscheidungen und dem Ansehen des Gerichts, wenn das Gericht nicht unbeantwortet lässt, wenn dem Klimabe-schluss 2021 Einseitigkeit und Fehler nachgewiesen sowie hinsichtlich der damaligen Berichterstatte-rin die Besorgnis der Befangenheit geäußert wird. Hier hätten wir uns etwas mehr an Aufklärung gewünscht.

RA Dr. Dietmar Buchholz



Nicht nur immer obenauf, sondern auch immer für Sie da

- Flachdach-Montagesysteme
- mehrlagige bituminöse Flachdachabdichtung
- Kunststoffbahnenabdichtung
- GLD Gefälle-Leichtdach
- dachintegrierte Photovoltaik-Systeme
- Flüssigkunststoff-Beschichtungssysteme
- Grundwasserabdichtung
- Tunnel-, Brücken-, Parkdeckabdichtung
- Metaldachkonstruktionen

RUBEROID TEAM
AKTIENGESELLSCHAFT

RUBEROIDTEAM AG
Billbrookdeich 27, 22113 Hamburg
Telefon 040 73 71 56-0 Telefax -56
info@ruberoi-d-team.de
www.ruberoi-d-team.de

Vier Fragen an die Fraktionen im Bezirk Mitte

Fortsetzung von Seite 1

1. Welche konkreten Vorschläge und Forderungen hat die Fraktion an den Senat in Bezug auf die Verbesserung der sicheren Energieversorgung für den Industriestandort Billbrook/Rothenburgsort und die Aufwertung des ästhetischen Erscheinungsbildes.

CDU: Hamburgs Wirtschaft braucht Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise, weshalb das Energieangebot konsequent ausgeweitet werden muss – gemeinsam mit norddeutschen Nachbarn, in Deutschland und Europa. Wir unterstützen eine Politik, die alle verfügbaren Energiequellen nutzt und ausreichend grundlastfähige Kraftwerkskapazitäten bereitstellt. Der Ausbau von Windenergieanlagen ist ein zentraler Schritt hin zu einer CO2-neutralen Energieversorgung. Wir setzen uns dafür ein, den windreichen Norden Deutschlands zum Zentrum der Windenergie-Wirtschaft zu machen,

lehnen jedoch den Bau von Anlagen direkt an Häusern oder in Naturschutzgebieten ab.

FDP: Als Freie Demokraten setzen wir in der Energiepolitik auf eine ausgewogene Balance zwischen Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit. Ein vielfältiger Energiemix ist dabei unerlässlich. Hamburg kann und muss einen entscheidenden Beitrag zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende leisten, indem es seine Position im europäischen Energiemarkt stärkt. Wir fordern daher die Liberalisierung des europäischen Energiebinnenmarktes und den zügigen Ausbau der transeuropäischen Energienetze. Strom sollte dort erzeugt werden, wo die Kosten am niedrigsten sind. Um die Energieeffizienz zu steigern, setzen wir auf den Ausbau intelligenter Stromnetze – sogenannte Smart Grids. Wir fordern eine umfassende Nutzung der Potenziale der Wasserstoffwirtschaft, um Hamburg zukunftsfähig und klimaneutral aufzustellen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die zügige Umrüstung des Heizkraftwerks Tiefstack auf Gas ein. Diese Maßnahme würde nicht nur die CO2-Emissionen erheblich reduzieren, sondern auch die Möglichkeit eröffnen, Biogas und Wasserstoff für die Strom- und Fernwärmeproduktion zu nutzen. Ebenso unterstützen wir die Einspeisung industrieller Abwärme in das Fernwärmenetz, um vorhandene Ressourcen effizient zu nutzen. Neben der Energieversorgung ist auch das ästhetische Erscheinungsbild des Stadtteils ein wichtiger Faktor. Eine attraktive Gestaltung der Umgebung stärkt nicht nur das Image des Industriestandorts, sondern zieht auch neue Investoren an.

Bündnis 90/Die Grünen: Im Industriegebiet Billbrook/Rothenburgsort besteht ein Solarstrompotenzial von rund 130.000 MWh, das von einigen Unternehmen bereits mit großen Anlagen höchst wirtschaftlich genutzt wird. Lokal erzeugte Energie wird von uns eben-

falls durch die frühzeitige Ausweisung weiterer Windenergieflächen gestärkt. Neben grüner Stromerzeugung stehen wir für die Flexibilisierung, Digitalisierung und den Ausbau des Stromnetzes ein, für das in den kommenden Jahren mehrere Milliarden Euro investiert werden. Um von klimaschädlichem Erdgas wegzukommen, setzen wir primär auf Elektrifizierung, aber auch auf grünen Wasserstoff. Wir wollen Hamburg zum zentralen Standort für Wasserstofftechnologie in Norddeutschland machen und sind mit dem Aufbau des HH-WIN-Wasserstoffnetzes bereits mitten drin. Ein Ausbau der ersten 40 Kilometer auch in das Industriegebiet Billbrook/Rothenburgsort ist optional möglich und wird von uns begrüßt, sofern sich künftig auch hier entsprechende Bedarfe ergeben.

2. Wie könnten konkrete Ziele zur Verteidigung der kritischen Infrastruktur im Krisenfall aussehen?

CDU: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass sich die Bedrohungslage in Europa grundlegend gewandelt hat. Auch in Hamburg müssen wir uns auf hybride Bedrohungen, kriegerische Auseinandersetzungen und Cyberangriffe vorbereiten. Als CDU werden wir daher in Hamburg eine Zivilschutz-Offensive starten und einen Operationsplan für Katastrophen- und Zivilschutz entwickeln. Dazu gehört die Schulung von Freiwilligen sowie die Integration moderner Schutzeinrichtungen in neue Infrastrukturprojekte, die im Ernstfall Schutz bieten und im Alltag multifunktional genutzt werden können.

FDP: Die Sicherung der kritischen Infrastruktur ist eine zentrale Aufgabe, um die Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft auch in Krisensituationen aufrechtzuerhalten. Ein Schwerpunkt liegt auf der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit durch dezentrale Strukturen. Energie- und Wasserversorgung, Kom-

Keine halben Sachen – Abfallentsorgung, die etwas bewegt!

Praktisch, lösungsorientiert, kundennah – gemeinsam machen wir den grün-gelben Unterschied!



DRECK WEG? STEUBER-Bag!

SO LEICHT KANN SCHWER SEIN.

1. Aufstellen und befüllen



2. 040 / 732 06 06 anrufen



3. Wir holen ab und entsorgen



 Das darf alles hinein:

- Ziegel, Fliesen, Beton
- Holz, Metalle
- Papier, Pappe, Tapeten
- Keramik, Glas
- Erde, Sand, Steine
- Gartenabfälle

 Das muss draußen bleiben:

- Asbest, Dachrinne
- Farben, Lacke, Öle
- Ofen- und Schornsteinabzug
- Mineralwolle
- Sonstige Sonderabfälle (siehe Abfallverzeichnis auf der Webseite)



Für Lesefauler :)

Bei Fragen sprechen Sie gern mit unseren Fachberatern. Anruf genügt!

Tel. 040 / 732 06 06

steuber-gruppe.de

STEUBER GmbH • Liebigstraße 82 – 84 • 22113 Hamburg



JETZT NEU! MIT ERKLÄR-VIDEO:

HOW TO - STEUBER BAG

Einfach QR-Code scannen und zurückkleben.

WIR GEBEN IHREM ABFALL EINE ZUKUNFT!

DIE STEUBER-GRUPPE

ABFALLENTSORGUNG • CONTAINERDIENST

Absetzcontainer-Gestellung STEUBER GmbH
Liebigstraße 82-84, 22113 Hamburg
Tel. 040 732 06 06

www.steuber-gruppe.de



6



Links: Die CDU-Fraktion Hamburg-Mitte stellt sich den Fragen des Billbrookkreises. Foto: CDU
Mitte: Dian Diaman, M.Sc. Physik, Landesvorstand FDP Hamburg, Foto: FDP
Rechts: Grünen-Fraktionsvorstand: (von links nach rechts) Manuel Muja, Theresa Rothberg und Julia Brinkmann (stellv. Vorsitzende). Foto: Grüne

munikationsnetze sowie medizinische Einrichtungen müssen so gestaltet werden, dass sie auch bei Ausfällen oder Angriffen funktionstüchtig bleiben. Die schnelle Reaktion auf Krisen ist ebenso essenziell. Man könnte spezialisierte Krisenteams etablieren, die kurzfristig und effektiv Maßnahmen zur Wiederherstellung von Infrastrukturen ergreifen können. Gleichzeitig bedarf es eines verbesserten physischen Schutzes kritischer Standorte, beispielsweise durch Schutzbauten, Überwachungstechnik und enge Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung der Zusammenarbeit. Staatliche Stellen, private Betreiber und internationale Partner müssen eng vernetzt sein, um gemeinsam Bedrohungen zu bewältigen. Zusätzlich setzen wir auf den Aufbau eines umfassenden Frühwarnsystems, das Bedrohungen rechtzeitig erkennt und Präventivmaßnahmen ermöglicht.

Bündnis 90/Die Grünen: Die Bundesregierung hat sehr sorgfältig das KRITIS-Dachgesetz ausgearbeitet und mit allen betreffenden Stellen abgestimmt. Es liegt an der CDU, das in dieser Legislatur zu beschließen. Inhaltlich hat die CDU bisher keine Argumente eingebracht, warum dieses Gesetz nicht mehr beschlossen werden könnte. Deutschland muss mit dem KRITIS-Dachgesetz eine europäische Richtlinie in nationales Recht umsetzen. Das Land Hamburg kann erst nachziehen, wenn wir wissen, was vom Bund kommt.

3. Wie stellt sich die Fraktion die zukünftige Verkehrspolitik vor und

welchen Stellenwert belegt dabei die Revitalisierung und Modernisierung des Industriestandorts Billbrook/Rothenburgsort? Wie bewerten Sie dazu die bisher umgesetzten Maßnahmen und für welche konkreten Realisierungsschritte werden Sie sich in der nächsten Legislaturperiode einsetzen?

CDU: Wir als CDU bekennen uns klar zum Auto als Mittel individueller Freiheit und Mobilität sowie für den Wirtschaftsverkehr. Unser Ziel ist es, den Verkehr fließen zu lassen und das tägliche Stauchaos zu beenden. Insbesondere für Zulieferer und Spediteure führen die vielen Staus zu zeitlichen, und damit finanziellen Belastungen. Darüber hinaus werden Lieferketten gefährdet, was zu kurzfristigen Produktionsausfällen führen kann. Wir werden die Baustellen besser koordinieren und einen aktuellen Generalverkehrsplan implementieren. Darüber hinaus werden wir die Verkehrsinfrastruktur sanieren und ausbauen. Auch der Industriestandort Billbrook/Rothenburgsort leidet unter einer veralteten und nicht bedarfsgerechten Verkehrsinfrastruktur. Das vom Senat beschlossene Handlungskonzept Billbrook/Rothenburgsort beinhaltet dazu wichtige Maßnahmen. In der kommenden Legislatur muss ein höherer Fokus auf die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen gesetzt werden.

FDP: Der Verkehr in Hamburg wird entscheidend durch den Hafenbetrieb geprägt. Eine funktionierende Metropolregion Hamburg setzt daher eine moderne und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur voraus – sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Der Großteil

der Güter und Container wird nach wie vor über Straßen, Autobahnen und Brücken transportiert. Allerdings sind viele dieser Brücken in einem schlechten Zustand und erfordern dringend Erneuerung. Besonders die Fertigstellung der neuen Köhlbrandbrücke muss deutlich beschleunigt werden, um den Verkehrsfluss langfristig sicherzustellen. Ebenso wichtig ist der Ausbau des Autobahnnetzes sowie die Sanierung der vielfach maroden Hauptverkehrsstraßen in Hamburg und Norddeutschland. Für die wirtschaftliche Zukunft des Hamburger Hafens ist eine zuverlässige und leistungsfähige Hinterlandanbindung unerlässlich.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir stehen für die Mobilitätswende, wollen den Verkehr umweltfreundlicher und klimaneutral machen. Dafür bauen wir den ÖPNV aus – allein eine dreistellige Millionensumme in die Verbesserung der S-Bahn nach Bergedorf. Dies sorgt dafür, dass die Kapazität auf einer der meist genutzten S-Bahn-Linien der Stadt um 25 Prozent gesteigert wird. Insgesamt investieren wir über 5 Milliarden Euro in die Straßen-Infrastruktur, gehen die Reparatur von kaputten Brücken an.

4. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Rothenburgsort/Billbrook langfristig zu sichern? Wie wollen Sie den Standort auf den Strukturwandel in der Industrie, etwa durch Digitalisierung und Automatisierung, vorbereiten und wie beabsichtigen Sie den Industriestandort Rothenburgsort/Billbrook als solchen

baurechtlich zu schützen und eine Annäherung der gewerblichen Nutzung zu vermeiden?

CDU: Um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Billbrook/Rothenburgsort zu fördern, sollen wichtige Infrastrukturprojekte wie die Köhlbrandquerung und die A26 Ost beschleunigt werden. Wir wollen proaktiv Unternehmen für den Standort werben und ausreichend Industrie- und Gewerbeflächen für ansiedlungs- oder erweiterungswillige Unternehmen bereitstellen. Um den Standort auf den Strukturwandel in der Industrie vorzubereiten, ist der Ausbau leistungsfähiger Datennetze und Übertragungstechnologien wie Glasfaser oder 5G geplant. Der baurechtliche Schutz des Industriestandorts wird durch die Sicherung von Flächenpotenzialen für Wirtschaft und Handwerk gewährleistet. Es soll auf die Ausweisung weiterer Wohnungsbauareale verzichtet werden, um Handlungs- und Entwicklungsspielräume zu sichern.

FDP: Hamburgs Zukunft als Innovations- und Industriestandort hängt entscheidend von der gezielten Förderung zukunftsweisender Technologien und dem Schutz bestehender Industriegebiete ab. Schutz des Industriestandorts: Billbrook ist als Industriegebiet ausgewiesen, und wir setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt. Die bestehenden Bebauungspläne müssen konsequent darauf ausgerichtet sein, die industrielle Nutzung langfristig zu sichern und ge-

werbliche oder wohnbauliche Nutzungen, die den Charakter des Standorts gefährden könnten, auszuschließen. Eine Annäherung durch konkurrierende Nutzungsformen, die Konflikte schaffen oder den Betrieb einschränken könnten, gilt es zu vermeiden. Wir fordern daher eine klare baurechtliche Absicherung, die den Standort als bedeutendes Industriegebiet erhält. Vorbereitung auf den Strukturwandel: Um den Industriestandort Billbrook/Rothenburgsort zukunftsfähig zu machen, unterstützen wir die gezielte Integration von Digitalisierung und Automatisierung in die industriellen Prozesse. Hamburg sollte als Zentrum für Zukunftstechnologien weiterentwickelt werden, insbesondere in den Bereichen künstliche Intelligenz, Blockchain und autonome Systeme.

Bündnis 90/Die Grünen: Wir stehen zu dem in der vergangenen Legislatur zwischen BWI und Bezirksamt ausgearbeiteten Konzept und haben dessen Umsetzung in dieser Legislatur auch mit Geld ausgestattet.

Der Billbrookkreis hat allen Fraktionen des Bezirks Hamburg-Mitte die obigen Fragen mit der Bitte um Stellungnahme geschickt. Lediglich drei Fraktionen haben geantwortet. Das ist enttäuschend. Und es zeigt möglicherweise, dass an dem Industriestandort mit mehr als 22.000 Beschäftigten – dem zweitgrößten in dieser Stadt neben dem Hamburger Hafen – kein großes Interesse besteht. gr



ATLAS HAMBURG

Baumaschinen
LKW-Ladekrane
Fahrzeugbau
Verkauf
Vermietung
Service

ATLAS Hamburg GmbH • Fangdieckstraße 76 • 22547 Hamburg • Tel. 040/ 84 05 42-0 • info@atlas-hamburg.de • www.atlas-hamburg.de

LKW-Waschstraße



LKWash und Ihr LKW lacht wieder!

Liebigstraße 32, 22113 Hamburg, Telefon 7 32 89 57

E-Mobilität – für einen kleineren ökologischen Fußabdruck

Das mittelständische Unternehmen Buhck mit Standort in Billbrook kümmert sich in Hamburg und Umgebung um Abfallentsorgung und den Abtransport von Altholz, Bauschutt, Asbestabfällen und belasteten Böden. In einem kurzen Interview nimmt Markus Horstkötter, Geschäftsführer der Buhck Abfallverwertung und Recycling GmbH & Co. KG, Stellung zum Thema Energieversorgung der Zukunft mit Blick auf den eigenen Betrieb.



Der Abfallentsorger und -verwerter Buhck setzt auf E-Mobilität und will seinen Fuhrpark in den kommenden Jahren umstellen.
Foto: Meerfreiheit

der billbroker: Herr Horstkötter, wie schätzen sie zukünftige Energieträger für das Transportwesen ein?

Markus Horstkötter: Unser Unternehmen geht in die Zukunft mit den alternativen Energien, denn wir wollen bis 2030 unbedingt klimaneutral werden. Wir stellen deshalb nach und nach auf E-Mobilität um und bieten sogar unseren Mitarbeitern bereits E-Autos an, die sie auch privat nutzen können. Wasserstoff sehen wir als keine passende Alternative, das ist zu teuer und zu aufwendig im

Transport. Auch Gas steht leider nicht auf unser Prioritätenliste. Der Krieg hat die Preise auch da in die Höhe getrieben. Diese teuren Preise fühlen sich nicht wirklich gut an.

der billbroker: Welche Alternativen zum Dieselmotortank sehen Sie in der Zukunft als realistisch?

Markus Horstkötter: Wir sehen die Zukunft bei der E-Mobilität, das reduziert nicht nur den CO₂-Ausstoß, sondern minimiert auch den Lärm in der

Stadt ganz erheblich. Wir wollen hier im Betrieb auch die Ladeinfrastruktur ausbauen, um die eigene Versorgung zu sichern.

der billbroker: Wie wichtig ist dem Kunden die Einsparung von CO₂-Ausstoß bei seinem Konsumverhalten gegenüber Ihrem Unternehmen?

Markus Horstkötter: Unsere Kunden finden unseren Ansatz zur CO₂-Neutralität richtig cool und wenn wir mit Kunden ins Gespräch kommen, ist es immer wieder ein wichtiges Thema, wie wir mit dem CO₂-Ausstoß umgehen. Schnell taucht die Frage auf, was wir für die Klimaneutralität ganz konkret tun.

der billbroker: Wie sicher ist die Versorgungslage durch die einzelnen Energieträger?

Markus Horstkötter: Wie erwähnt wollen wir unsere eigene Infrastruktur ausbauen und natürlich sollte auch deutschlandweit die Infrastruktur verbessert werden. Jedes Unternehmen kann da aber auch mitziehen und eigene Ladekapazitäten einrichten.

der billbroker: Wie steht es um die Effektivität der Energieträger im Hinblick auf Kosten, Reichweite und Transportlast durch hohe Batteriegewichte?

„Wir sehen die Zukunft bei der E-Mobilität, das reduziert nicht nur den CO₂-Ausstoß, sondern minimiert auch den Lärm in der Stadt ganz erheblich.“

Markus Horstkötter, Geschäftsführer Buhck Abfallverwertung und Recycling GmbH & Co. KG

Markus Horstkötter: Unser Unternehmen ist in der Metropolregion Hamburg und darüber hinaus teilweise auf längeren Strecken unterwegs und



Markus Horstkötter, Geschäftsführer der Buhck Abfallverwertung und Recycling GmbH & Co. KG.
Foto: Meerfreiheit

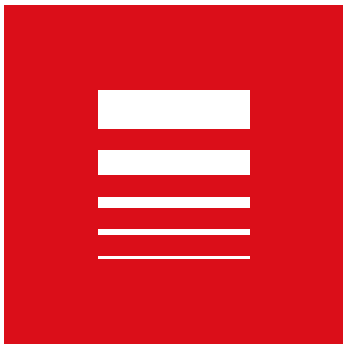
wir nutzen die E-Lkw für diesen Einsatz. Alle sollten sich aber mit dem Thema auseinandersetzen, damit wir die Ziele der Klimaneutralität wirklich einhalten können.

der billbroker: Gibt es da genug Verlässlichkeit und Planungssicherheit von Seiten der Politik?

Markus Horstkötter: Natürlich gibt es auch Nachteile bei den Planungen, aber insgesamt sehe ich da viel Schwarzmalerei, wo es keinen Grund dafür gibt. Wenn alle an einem Strang ziehen, können wir die Ziele erreichen, die für die Zukunft wichtig sind. Die Politik sollte mehr Angebote für Unternehmen schaffen, um den Ausstieg aus dem Dieselmotortank attraktiver zu machen. Der Klimaschutz geht uns alle an. Da sollte es Brücken geben, die von allen genutzt werden können.

der billbroker: Vielen Dank für dieses Gespräch. gr

Online bestellen und ganz in Ihrer Nähe abholen



Malerwerkzeuge-Onlineshop.de

Wandalenweg 32 (hinter Hotel Ambassador)

Generations zwischen Diesel und E-Mobilität

Das mittelständische Unternehmen Ernst Pfaff ist ein familiengeführter Betrieb in der dritten Generation für Schwer- und Spezialtransporte und bietet mit 180 Mitarbeitenden Dienstleistungen im Bereich der Logistik an. In einem kurzen Interview nehmen Ernst Pfaff und sein Enkel Jan-Erik Pfaff Stellung zur Entwicklung im Bereich der Energieversorgung mit Blick auf den eigenen Betrieb.

der billbrooker: Herr Pfaff, wie schätzen sie zukünftige Energieträger für das Transportwesen ein?

Ernst Pfaff: Viele Unternehmen, die bundesweit oder über die Grenzen hinaus unterwegs sind, setzen zurzeit noch auf die Versorgung ihrer Fahrzeuge mit Diesel, weil die Infrastruktur in Deutschland und anderen angrenzenden Ländern in Bezug auf alternative Energiequellen, wie E-Mobilität, einfach noch nicht ausreichend ausgebaut ist. Es fehlen zum Beispiel überall noch Ladestationen für E-Autos, um sicher und im berechneten Zeitrahmen ans Ziel zu kommen. Die meisten unserer Fahrzeuge fahren deshalb mit Diesel, weil wir die Verlässlichkeit brauchen und aktuell nicht komplett auf alternative Energieträger umstellen könnten. Wasserstoff als Energiequelle kommt für unsere Lkw schon aufgrund der Größe der Transportbehälter aktuell nicht in Frage. Um dem Transportwesen eine wirkliche Alternative anzubieten, müsste die Politik auch bei der Infrastruktur weitere Schritte gehen.

der billbrooker: Welche Alternativen zum Dieseldieselkraftstoff sehen Sie in der Zukunft als realistisch?

Ernst Pfaff: Für einen kompletten Umstieg auf E-Mobilität bräuchten wir eine zuverlässige Versorgung – deutschland-

weit. Wie gesagt, gibt es noch viel zu wenige Ladesäulen, um auch längere Strecken abdecken zu können. Für den Bereich rund um Hamburg können Firmen sicherlich bereits E-Autos einsetzen, Firmen, die auf Langstrecken unterwegs sind, können sich das nicht leisten.

„Aus meiner Sicht wäre die Nutzung von E-Mobilität das Ziel für die Zukunft, um auch die Klimaziele möglichst schnell zu erreichen.“

Jan-Erik Pfaff,
Ernst Pfaff GmbH

Jan-Erik Pfaff: Aus meiner Sicht wäre die Nutzung von E-Mobilität das Ziel für die Zukunft, um auch die Klimaziele möglichst schnell zu erreichen. In Deutschland gibt es bereits einige effiziente Ladestationen, die per App gebucht werden können und die in den kommen-

den Jahren vor allem an den Autobahnen noch weiter ausgebaut werden sollen. Ich sehe die Zukunft bei der Elektromobilität und könnte mir auch für unser Unternehmen einen langsamen, aber kontinuierlichen Wechsel auf E-Autos vorstellen. Es muss aber noch einiges von Seiten der Politik getan werden.

der billbrooker: Wie wichtig ist dem Kunden die Einsparung von CO2-Ausstoß bei seinem Konsumverhalten gegenüber Ihrem Unternehmen?

Ernst Pfaff: Die Kunden achten vor allem auf Preise, da spielt der CO2-Ausstoß keine entscheidende Rolle beim Kaufverhalten. Jedes Unternehmen muss kalkulieren und kann sich meist keine zusätzlichen Kosten leisten. Wir haben von unseren Kunden noch nicht den ausdrücklichen Wunsch auf Veränderungen bei der Energieversorgung gehört.

der billbrooker: Wie sicher ist die Versorgungslage durch die einzelnen Energieträger?

Jan-Erik Pfaff: Die Zukunft liegt bei erneuerbaren Energiequellen, wie Solaranlagen und Windenergie; diese werden auch weiterentwickelt. Ich glaube nicht, dass es bei der Stromversorgung zu Engpässen kommen könnte. Wenn Unternehmen ihre eigenen Ladestatio-



Drei Generationen im Unternehmen Ernst Pfaff blicken in die Zukunft. Ihre Pläne liegen nicht immer ganz nah beieinander.
Foto: Ernst Pfaff GmbH

nen auf dem Firmengelände installieren, sollen diese auch von anderen genutzt werden können und dem Unternehmen so zusätzliche Einnahmen bringen.

der billbrooker: Wie steht es um die Effektivität der Energieträger im Hinblick auf Kosten, Reichweite und Transportlast durch hohe Batteriegewichte?

Ernst Pfaff: Die Anschaffung eines E-Lkw ist teuer und die Kapazitäten sind für die Strecken, die wir zurücklegen aktuell nicht gegeben.

Jan-Erik Pfaff: Das Gewicht der

Batterie wirkt sich real nicht auf den Verbrauch aus, weil die unterschiedlichen Gegebenheiten der Strecken, wieder einen Ausgleich schaffen.

der billbrooker: Gibt es da genug Verlässlichkeit und Planungssicherheit von Seiten der Politik?

Ernst Pfaff: Es ist einfach abzuwarten, wie die Politik sich mit dem Thema der Infrastruktur in den kommenden Jahren auseinandersetzt.

der billbrooker: Vielen Dank für dieses Gespräch. gr

DER KAFFEE, DER IDEEN WECKT!

JETZT PROBIEREN UND INSPIRIEREN.

WWW.IDEE-KAFFEE.COM

Noch mehr Ideen? Dann guck doch mal hier vorbei:

In den Hafen investieren



Finanzsenator Dr. Andreas Dressel sprach zum Thema Wirtschaft und Finanzen.
Foto: Mirko Hannemann



Engagieren sich für die deutsch-japanischen Beziehungen: die Präsidentin der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Eiko Hashimaru-Shigemitsu und die Hamburger Kirschblütenkönigin Allegra-Scarlett Turner.
Foto: Mirko Hannemann



Zeremonie des Sake-Fass-Brechens: Die Billbrookkreis-Mitglieder durften mit dem Holzhammer das Sake-Fass aufschlagen. Von links: Dr. Guido Gravenkötter von Rofin Sinar, Alexandra Seils von Bursped, Lino Borchers vom Winterdienst Borchers und Eva Althorn von der Sparkasse Holstein.
Foto: Mirko Hannemann

Die Hamburger Kirschblütenkönigin und der Finanzsenator waren zu Gast beim Billbrookkreis-Treffen.

Beim 118. Treffen des Billbrookkreises im Dezember 2024 waren mit der amtierenden Hamburger Kirschblütenkönigin Allegra-Scarlett Turner und dem Finanzsenator der Freien und Hansestadt Hamburg Dr. Andreas Dressel gleich zwei prominente Ehrengäste zu Besuch. Der Finanzsenator berichtete zu diesem Anlass über die finanzielle Lage der Hansestadt. „Wir erwarten ein Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt von 2 Prozent“, so die Prognose des Senators. Investieren wolle man in den kommenden Jahren auf jeden Fall in den Hafen und den Ausbau sowie die Sanierung der Infrastruktur.

Wichtigkeit des Industriegebietes unterstrichen

Dem Hamburger Senat sei die Wichtigkeit des Industriegebietes bewusst, so Dressel, und man müsse alles daransetzen, dieses unbedingt in seiner aktuellen Größe zu erhalten. Insgesamt sei es jetzt eine politisch sehr herausfordernde Zeit und man blicke differenziert auf das „was in Berlin passiert ist“. Vieles sei „nicht gut gelaufen“ und Hamburg wolle für die Zukunft auf jeden Fall besser aufgestellt sein. Im Fokus des kommenden Jahres solle in Hamburg auch die Minimierung der Bürokratie im Fokus stehen. Am Beispiel eines Schwertransportes, der durch Hamburg gelangen möchte,

könne man verfolgen, wie kompliziert es sei, die bürokratischen Hürden zu überwinden. Abläufe sollen deshalb vereinfacht werden.

Kirschblütenkönigin als Sonderbotschafterin unterwegs

Die Hamburger Kirschblütenkönigin, Allegra-Scarlett Turner, gab im Rahmen der Veranstaltung des Billbrookkreises einen interessanten Einblick in den deutsch-japanischen Austausch und erläuterte die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Japan und Hamburg. Als offizielle Sonderbotschafterin der Hansestadt hat sie die Aufgabe, Hamburg in Japan zu repräsentieren.

Aktuell berichtete Turner von einem Besuch in Japan, wo sie auch studiert hat und deshalb einen engen Bezug zu dem Land mitbringt. Das Recht, eine Kirschblütenkönigin zu wählen hat die „Japan Sakura Foundation“ bereits 2015 der Deutsch-Japanischen Gesellschaft zu Hamburg verliehen. Die Amtszeit der Kirschblütenkönigin beträgt zwei Jahre und auf ihrer Amtsantrittsreise hat sie neben hochrangigen Personen aus den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Politik auch den Premierminister von Japan besucht. Nach einjähriger Amtszeit erhält die Kirschblütenkönigin vom Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg den Status einer Sonderbotschafterin.

Hamburg feiert seine Kirschblüten

Seit 1968 bedankt sich die japanische Gemeinde in Hamburg einmal im Jahr mit dem Kirschblütenfest bei der Hansestadt für deren Gastfreundschaft. Das alljährliche Japan-Festival in Planten und Blomen sei dabei ein wunderbares Erlebnis für alle, die sich vom Zauber Japans überzeugen wollen. Für dieses Jahr soll es auch endlich wieder das traditionelle japanische Feuerwerk über der Alster geben.

Sake-Fass beim Billbrookkreis-Treffen feierlich geöffnet

Zusammen mit der Präsidentin der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Eiko Hashimaru-Shigemitsu wurde im Rahmen des Billbrookkreis-Treffens ein traditionelles Sake-Fass geöffnet, das ein alkoholisches Getränk aus Japan enthält, das auf Deutsch oft umgangssprachlich als Reiswein bezeichnet wird. Die feierliche Eröffnung des Fasses in traditioneller Kleidung und mit Holzhammer ausgestattet wurde zum krönenden Abschluss des Events. gr

Was kommt?

Die geplanten Veranstaltungen des Billbrookkreises

119. Billbrookkreis-Treffen
Montag, 10. Februar 2025, von 12 bis 14 Uhr, im Hotel Böttcherhof
Jahresauftaktveranstaltung
Gastredner: Dr. Günther Klemm, ehemaliger Syndikus und Volkswirt der Handelskammer Hamburg
Thema: Politisch-wirtschaftlicher Jahresausblick für 2025

Vorankündigung:
Im Frühjahr (Termin NN) wird der chinesische Generalkonsul in Hamburg, Cong Wuals, als Ehrengast und Redner zu einem Billbrookkreis-Treffen kommen.

Immer wieder anders:
Die Veranstaltungen des Billbrookkreises sind geprägt durch die Mitglieder und durch die Themen der Gastredner. Informativ, überraschend und amüsant.

Weitere Infos und Anmeldung:
www.billbrookkreis.de/veranstaltungen



PSA-Aufbereitung – ein Thema für uns

Nach dem Einsatz kommen wir zum Einsatz!

Die fachgerechte Aufbereitung der persönlichen Ausrüstungen schützt die Gesundheit von Mitarbeitenden und Kameraden beim nächsten Einsatz.

Dr. Weigert bietet die passenden Produkte für die sichere Aufbereitung.

Hygienekonzepte – Qualitätsprodukte – Beratung. Wir sichern Zukunft!

Chemische Fabrik Dr. Weigert GmbH & Co. KG Telefon: (0)40/ 789 60 - 0 e-mail: info@drweigert.de
Mühlenhagen 85 · D-20539 Hamburg Telefax: (0)40/ 789 60 - 120 internet: www.drweigert.de

Holzschnitte zum Industriegebiet Billbrook

Manfred Rosenkranz aus Bergedorf hatte einen ganz besonderen Anlass, um zu einem der Treffen des Billbrookkreises zu kommen. Er brachte wunderbare Holzschnittdrucke seiner leider früh verstorbenen Schwester Ingeborg Gabriel mit, die unterschiedliche Motive aus dem Industriegebiet zeigen.

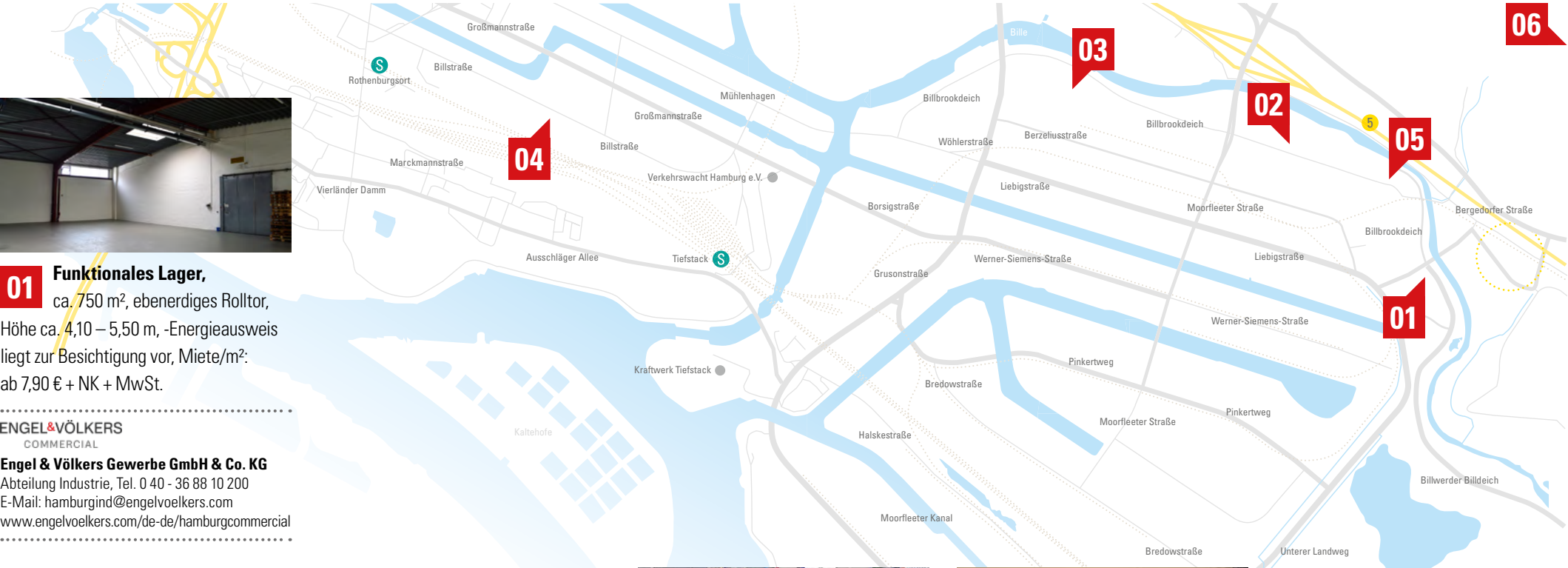
Von skurrilen alten Fabrikgebäuden bis zu Arbeitern, die in ihrer Mittagspause zusammenstehen und Zeitung lesen, bieten die Holzschnittdrucke einen interessanten Einblick in die Straßen, Außenansichten und Hinterhöfe Billbrooks in den 1970er-Jahren. Manfred Rosenkranz

hat diesen Nachlass dem Billbrookkreis überlassen, der nun beschlossen hat, diese entweder als Gesamtwerk für Ausstellungen zur Verfügung zu stellen oder auch einzeln zu veräußern, um diese im Industriegebiet zu würdigen. Die Einnahmen aus den Verkäufen

sollen der Arche in Billstedt zu Gute kommen. Interessierte, die gern die Holzschnittdrucke ausstellen und erwerben möchten, können sich direkt mit dem Billbrookkreis in Verbindung setzen. gr



Manfred Rosenkranz möchte die Holzschnitt-Drucke seiner Schwester, der 1996 verstorbenen Künstlerin Ingeborg Gabriel, für den Industriestandort Billbrook erhalten.
Foto: Mirko Hannemann



01 Funktionales Lager,
ca. 750 m², ebenerdiges Rolltor, Höhe ca. 4,10 – 5,50 m, -Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 7,90 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 0 40 - 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



02 Zentral gelegene Büroflächen,
ca. 100 m² im EG, beheizt, renoviert, CAT-7-Verkabelung und Teppichboden vorhanden, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 11,90 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



03 Funktionales Abhollager,
ca. 1.800 m², als Einzelhandelsfläche nutzbar, ebenerdiges Rolltor, Höhe ca. 4,10 – 5,50 m, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 7,90 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



04 10 Min. bis zum Hauptbahnhof,
ca. 400 m² Bürofläche, teilbar ab ca. 25 m², Teppichboden und Personenaufzug vorhanden, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 8,90 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 0 40 - 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



05 Lichtdurchflutete Büroflächen im Hamburger Osten,
ca. 800 m², Gasheizung, getrennte Sanitäreinrichtungen, Energieausweis liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 9,50 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 0 40 - 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial



06 Funktionaler Lagerstandort,
ca. 300 m² + 135 m² Sozialfläche, ebenerdig, Höhe ca. 3,80 m UKB, Gasheizung, Pantry, Energieausw. liegt zur Besichtigung vor, Miete/m²: ab 7,50 € + NK + MwSt.

ENGEL & VÖLKERS
COMMERCIAL
Engel & Völkers Gewerbe GmbH & Co. KG
Abteilung Industrie, Tel. 040 36 88 10 200
E-Mail: hamburgind@engelvoelkers.com
www.engelvoelkers.com/de-de/hamburgcommercial

ENGEL & VÖLKERS COMMERCIAL

E & V IMMOBILIEN-ABC

M – wie Mikrolage.

Hamburg und Umland ist unser Markt – hier vor Ort kennen wir uns optimal aus und kennen auch den Mikromarkt rund um Ihre Immobilie. Kontaktieren Sie jetzt unsere Experten!

Engel & Völkers Commercial Hamburg | 040 36 88 10 200 | HamburgIND@engelvoelkers.com | engelvoelkers.com/hamburgcommercial



Wirtschaftsjunioren vernetzen sich

Ein Interview mit Dr. Zita K. Lucius, Senior Innovation Manager bei Siemens Gamesa Renewable Energy und Ausschussvorsitzende bei den Wirtschaftsjunioren.

der billbroker: Frau Lucius, fassen Sie doch bitte einmal kurz zusammen, wer sich hinter den Wirtschaftsjunioren genau verbirgt.

WJ: Gern, die Wirtschaftsjunioren sind ein berufliches Netzwerk, das aus Repräsentanten der Mitgliedsunternehmen der Handelskammern besteht. In Hamburg verstehen wir uns zum Beispiel als Nachwuchsorganisation der Hamburger Wirtschaft. Unter dem Motto „Handeln für Hamburg“ engagieren sich rund 130 Unternehmer, Fach- und Führungskräfte unter 40 Jahren seit 1952 ehrenamtlich für wirtschaftliche und soziale Belange. Allgemein sind die Wirtschaftsjunioren in Deutschland in Kreisen organisiert, die sich an den Handelskammerstruktu-

ren orientieren. Ein Level höher gibt es dann den Hanseraum, zu dem auch die Wirtschaftsjunioren bei der Handelskammer Hamburg zählen. Final wird sich auf Bundesebene koordiniert. Auch über die Grenzen Deutschlands hinaus gibt es „JCI“ – Junior Chamber International –, über die sich die Wirtschaftsjunioren aller Länder organisieren und vernetzen.

der billbroker: Und was genau macht die Wirtschaftsjunioren in Hamburg aus?

WJ: Unsere Mitglieder engagieren sich ehrenamtlich für Hamburg und wollen zur gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme beitragen. Darüber hinaus ist eines unserer Hauptanliegen, die Belange der Handelskammer aktiv in die Mit-

gliedsunternehmen zu tragen und andersherum, um über die Vernetzung bei unseren regelmäßigen Treffen gegenseitig von Erfahrungen, Wissen und Austausch profitieren zu können. Wir verstehen uns als die junge Stimme der Wirtschaft.

der billbroker: Könnten Sie die Themen nennen, an denen die Wirtschaftsjunioren arbeiten?

WJ: Das ist ganz unterschiedlich und variiert stark zwischen den Ausschüssen. So sind wir aktuell in den Ausschüssen „Gesellschaftliche Verantwortung“, „Unternehmertum“, „Netzwerken & Weiterentwicklung“, „Internationales“ sowie „Wirtschaft & Politik“ organisiert. Beispielsweise organisierte der Ausschuss



Die Wirtschaftsjunioren verstehen sich als junge Vertreterinnen und Vertreter der Hamburger Wirtschaft.
Foto: WJ

„Wirtschaft & Politik“ 2024 wieder den Know-how-Transfer mit der Hamburger Bürgerschaft, um aktiv den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik zu forcieren. Im Ausschuss „Gesellschaftliche Verantwortung“ gab es 2024 eine gemeinsame Aktion mit dem SOS Kindergarten, bei dem wir für eine Kleinkind-WG Möbel aufgebaut haben. Wir haben den Finanzführerschein für Jugendliche ins Leben gerufen, um Jugendlichen mehr Kontrolle und Wissen über Finanzen beizubringen. Sie sehen, die Themen könnten nicht unterschiedlicher sein. Ein großes Thema derzeit ist ebenfalls die Entbürokratisierung für Unternehmen,

etwas, das uns alle natürlich betrifft.

der billbroker: Welche Anforderungen werden an die Mitglieder gestellt?

WJ: Sofern die Mitgliedschaft des Unternehmens bei der Hamburger Handelskammer besteht, ist es egal, ob potenzielle Neu-Mitglieder in einem alteingesessenen Betrieb, einem Start-up oder einer Agentur tätig sind, oder sogar Solo-Selbstständige sind. Die Altersvorgabe liegt bei maximal 40 Jahren, um „junge“ Ideen und Perspektiven zu forcieren. In Hamburg gilt eine reguläre Mitgliedschaft von fünf Jahren, wobei wir bis



Mit Sicherheit die beste Lösung!

Seit über 40 Jahren entwickeln wir für Unternehmen und Privathaushalte individuelle Sicherheitskonzepte auf höchstem Niveau – aus Billbrook heraus für Hamburg und die ganze Welt.

Wir installieren auch bei Ihnen intelligente Sicherheitstechnik – von der Alarmanlage bis zur professionellen Videoüberwachung mit Nachtsichtfunktion.

Wir überwachen Ihr Gelände und Ihre Anlagen rund um die Uhr durch eine zertifizierte Leitstelle mit ausgebildeten Interventionskräften.

Wir sichern Ihr Unternehmen durch regelmäßige Kontrollfahrten.

Wir stellen Personal für Ihre Betriebssicherheit – inklusive Zugangskontrolle und Pförtnerdienst.

Telefon: 040 / 73 62 22

www.haroun.de



24/7-Leitstelle mit Alarmaufschaltung und Objektüberwachung



Konzeption und Installation drahtloser Alarmanlagen und Videotechnik



Alarmverfolgung durch Funkstreife im Einsatz und Kooperation mit der Polizei



Haroun Security GmbH & Co. KG
Wöhlerstraße 2a, 22113 Hamburg
Tel.: 040 / 73 62 22
Fax: 040 / 73 62 21 00
info@haroun.de

zu 130 Mitglieder zählen und damit einer der größten Kreise der Wirtschaftsjunior in Deutschland sind. Ziel ist es, die Verteilung im Plenum der Handelskammer nach Branchen grob nachzustellen. Nach Ausscheiden kann man sich bei den ehemaligen Junioren (eJ) engagieren. Die Mitgliedschaft richtet sich vor allem an Personen, die einen besonderen „Drive“ haben und selbst etwas gestalten wollen. Wir begrüßen es auch sehr, wenn man bereits mit Themen zu uns kommt, die einem am Herzen liegen, oder von einem anderen Kreis bei uns eintritt.

der billbrooker: Welche Schritte sind nötig, um bei den Wirtschaftsjunior Mitglied zu werden?

WJ: Man bewirbt sich ganz einfach über unsere Webseite wj-hamburg.de und den Button „Mitglied werden“. Das jeweilige Unternehmen des potenziellen Mitglieds muss, wie gesagt, auch Mitglied in der Hamburger Handelskammer sein. Die Bewerbungsphase läuft ab März eines Jahres für das kommende Jahr. Ein WJ-Jahr beginnt offiziell im Januar und endet im Dezember. Der aktuelle Vorstand sichtet die Bewerbungen und vereinbart

Bewerbungs- bzw. Kennenlerngespräche, sodass alle Kandidaten die Möglichkeit haben, Fragen zu stellen und sich über die Erwartungen klar zu werden. Das Ehrenamt lebt von Engagement, sodass wir darauf explizit achten.

der billbrooker: Wie organisieren sich die Wirtschaftsjunior ganz konkret?

WJ: Wir sind derzeit in die genannten fünf Ausschüsse gegliedert, die themenspezifische Projekte durchführen und vorantreiben. Zusätzlich gibt es das Kommunikationsteam, welches übergreifend agiert und die Wirtschaftsjunior in den sozialen Medien präsentiert. Alle Ausschüsse treffen sich regelmäßig in lockerer Umgebung, meist bei einem der Mitgliedsunternehmen. Zusätzlich gibt es regelmäßige Vollversammlungen, bei denen alle Mitglieder zusammenkommen. Diese finden auch im Rahmen unserer Veranstaltungen statt. Immer wieder laden wir Gäste ein, wie Repräsentanten aus Politik, Handelskammer oder anderen Wirtschaftszweigen, um aktiv den Austausch zu leben und über unser Netzwerk hinaus Erfahrungen und Perspektiven zu teilen.

der billbrooker: Wie kann man an den Wirtschaftsjunior partizipieren, ohne selbst Mitglied zu sein?

WJ: Wir veranstalten über das Jahr verteilt einige Events, die ebenfalls für Nicht-Mitglieder geöffnet werden. Da wir auch einige Gründer und Jungunternehmer in unseren Reihen haben, liegt unser Fokus hier auch auf dem Austausch von Wissen und Erfahrungen. So veranstalten wir beispielsweise mehrmals im Jahr den Gründertreff, bei dem Experten zu unterschiedlichen Themenfeldern interessierten Gründern oder Personen, die gerne gründen wollen, anhand von Praxisbeispielen Erfahrungen sowie Tipps und Tricks zum Beispiel zu Finanzierungsmöglichkeiten nahebringen. Darüber hinaus veranstalten wir einmal im Jahr den Gründergeist, bei dem eine Fachjury mehrere Start-ups aus der Hamburger Umgebung bewertet und aus dem Netzwerk heraus Coaches diese Start-ups durch die Pitch-Runden begleiten. Eine weitere Veranstaltung ist die Konferenz „Connect for Impact“ bei der „Impact Start-ups“ ihre Geschäftsmodelle vorstellen. Dadurch kommt es zu tollen Kooperationen zwischen Start-ups

und Unternehmen mit dem Fokus auf Nachhaltigkeit.

der billbrooker: Können sich die Wirtschaftsjunior eine Zusammenarbeit mit dem Billbrookkreis vorstellen und wie könnte diese Kooperation aussehen?

WJ: Natürlich freuen wir uns darüber, wenn Mitglieder des Billbrookkreises bei uns Wirtschaftsjunior eintreten bzw. Repräsentanten senden. Der Austausch mit Industriestandorten und Netzwerken zu Kollaborationszwecken, Nachwuchsgewinnung und Interessensbekundungen bietet allseitige Vorteile. Darüber hinaus stellen wir gerne unsere Arbeit einmal bei den Treffen des Billbrookkreises vor, auch vor dem Hintergrund, sich zu vernetzen und wiederum neue Perspektiven zu bekommen. Jede Vernetzung bringt uns neue Impulse, die wir gerne intern aufnehmen.

der billbrooker: In welcher Form profitiert man davon, wenn man sich bei den Wirtschaftsjunior engagiert?

WJ: Als Mitglied bei den Wirtschaftsjunior bekommt man tiefe Einblicke

in die Strukturen der Handelskammer, Zugang zu einem erweiterten Netzwerk und die Möglichkeit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Insbesondere letzterer Teil ist hier hervorzuheben, da es sich explizit um ein Netzwerk handelt, bei dem man die eigenen Interessen vertreten, sich mit unterschiedlichsten Themen einbringen und erlernte Fähigkeiten im Beruf anwenden kann. Darüber hinaus lernt man viele Individuen kennen, bekommt neuen Input und hat die Möglichkeit, Freundschaften fürs Leben zu knüpfen. Gemeinsame Fahrten auf Konferenzen, Weihnachtsfeiern oder Ausschusssitzungen schweißen zusammen. Dabei soll es Spaß machen. Wir wollen, dass alle Mitglieder gerne dabei sind – entsprechend ist das Angebot in Kleingruppen groß – Golf, Tontaubenschießen, Segeln, aber auch Aktienclub oder das Format „Ausflug nach Feierabend“ sind hier nicht zu vergessen – für jedes Interesse ist etwas dabei. Abschließend lässt sich festhalten: WJ ist das, was du daraus machst!

der billbrooker: Vielen Dank, Frau Lucius, für dieses interessante Gespräch. gr

119

Du

bist unser wertvollstes Element,

um verantwortungsvoll aus Rohstoffen Werte zu schaffen.

Rock-solid & rolling. Hands-on & high-tech. Skilled & seriously sustainable. Das ist es, was uns jeden Tag zu Höchstleistungen antreibt.

Aurubis
Metals for Progress

Jetzt mehr erfahren!

Geld, Gold und Inflation

Das Thema Inflation hat gerade in diesen Zeiten der Krisen wieder eine neue Signifikanz bekommen. Ein Bericht vom Geld als Wertspeicher und die Entwicklung des Geldes über tausend Jahre hinweg.



Gold und andere Metalle waren lange bewährte Zahlungsmittel.
Foto: Gina Sanders / Adobe Stock

Geld als Tauschmittel und Wertspeicher gab es bereits vor tausenden von Jahren. Wenn ein Bauer einem Kunden Korn verkaufte und es kein Tauschobjekt gab, wurde die Forderung auf Tonscheiben gebrannt, um nicht in Vergessenheit zu geraten. Doch schon bald wurde der

Wunsch nach einem neuen Zahlungsmittel laut, um den Wert der Verkäufe zu erhalten. Bestimmte Metalle wie Kupfer, Silber und Gold erwiesen sich schnell als geeignete Zahlungsmittel.

Für einen einheitlichen Standard wurden erste Münzen geprägt, in China im 11. Jahrhundert dann auch die ersten Banknoten gedruckt. Europa folgte im 17. Jahrhundert. Währungen wie das britische Pfund (bis 1931) und der US-Dollar (bis 1971) sowie die Deutsche Mark (bis 1918) waren damals mit Gold gedeckt.

Hohe militärische Ausgaben, der Vietnamkrieg, hohe soziale Ausgaben und höhere Importe als Exporte führten Mitte des 20. Jahrhunderts zum Goldabfluss der USA in andere Länder. Der damalige US-Präsident Richard Nixon machte dem ein Ende und beschloss die Einführung des FIAT-Geldes (nicht durch Gold ge-

decktes Papiergeld), also eine Währung, deren Vertrauen nicht mehr auf Gold beruhte.

In der Folgezeit führten die hohen Kosten vor allem des Vietnamkriegs zu einer erheblichen Geldmengenausweitung und demzufolge hoher Inflation. Ein im Jahr 1971 in Umlauf gebrachter US-Dollar hat bis heute 98 Prozent seiner Kaufkraft verloren! Auch der Euro hat seit seiner Einführung im Jahr 2002 bis 2021 fast 80 Prozent seines Wertes verloren.

Welche Folgen ergeben sich nun aus der Wertminderung unseres FIAT-Geldes?

Im Laufe der Jahrhunderte gab es mehr als 500 Papierwährungen. Keine wurde älter als 100 Jahre, manche hielten sich nur wenige Monate auf dem Markt. Besonders die Teile der Bevölkerung, die über keine oder wenige Vermögenswerte

verfügen, müssen oft unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden. Der Teil der Bevölkerung mit Vermögenswerten wie Aktien, Immobilien, Edelmetallen und Kunst können dagegen Wertsteigerungen verzeichnen. Löhne und Gehälter steigen in der Regel erst zeitversetzt und oft nicht der Inflation entsprechend.

Weitere Probleme entstehen im Bereich der Lieferketten. Je höher die Inflation, umso höher die Unsicherheiten der Kalkulation.

Berücksichtigt wird häufig nicht, dass Inflation den gleichen Effekt hat wie eine verdeckte Steuer.

Der Vertrauensverlust in die fortschreitende Entwertung des US-Dollars scheint derzeit die Nachfrage nach Gold zu beflügeln. Es steigt nicht unbedingt der Wert des Goldes, sondern spiegelt



Der Euro hat seit seiner Einführung 2002 bis zum Jahr 2021 fast 80 Prozent seines Wertes verloren.
Foto: M. Schuppich / Adobe Stock

eher den Verfall des Wertes der US-Dollar wider. Auch der Euro verliert im gleichen Verhältnis an Wert.

Die Konsequenz einer mangelnden Geldwertstabilität, sprich Inflation, führt zu Verwerfungen in einer Gesellschaft, was auch politische Verwerfungen nach sich ziehen kann. rm

WIR BRINGEN VERSORGUNGSSICHERHEIT – TAG UND NACHT



Nationale und internationale Verkehre | See- und Luftfracht
Kontraktlogistik | Zollabwicklung | und vieles mehr



KG Bursped Speditions-G.m.b.H. & Co. | Halskestraße 63 | 22113 Hamburg | Telefon +4940 73123-0 | info@bursped.de
#Burspedbewegt **WWW.BURSPED.DE**

Neuer Billbrookkreis-Vorstand gewählt



Der neue Billbrookkreis-Vorstand: Dr. Dietmar Buchholz, Bernhard Jurasch, Virginia Heik, Robert Meyer, Harder Michael Kock (von links).
Foto: Mirko Hannemann

Während der Mitgliederversammlung Ende September 2024 – im Rahmen des 117. Billbrookkreis-Treffens – wählten die Billbrookkreis-Mitglieder den Ersten Vorsitzenden Bernhard Jurasch einstimmig für zwei Jahre wieder. Auch Robert Meyer wurde im Amt bestätigt. Neu im Vorstand ist die Rechtsanwältin Virginia Heik. Dr. Dietmar Buchholz, bisher langjähriger Vorstand, und Harder Michael Kock wurden als kooptierte Mitglieder in den Vorstand berufen. Der Billbrookkreis-Vorstand freut sich, die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortzuführen.

Auf einen Blick

Der Billbrookkreis begrüßt drei Unternehmen, die sich als neue Mitglieder angeschlossen haben.

Aurubis AG, Kupferproduzent und -wiederverwerter / www.aurubis.com
proSicherheit GmbH, Sicherheitsdienstleister / www.prosicherheit.de
Jaeger Ausbau GmbH, Ausbauspezialist / www.jaeger-ausbau.de

Haben Sie Interesse, Mitglied zu werden? Neben einer nachbarschaftlichen Zusammenarbeit der Unternehmen verfolgt der Billbrookkreis das Ziel, dem Wirtschaftsstandort Billbrook/Rothenburgsort in Politik und Gesellschaft eine Stimme zu geben. Sprechen Sie den Vereinsvorstand gern an! Kontakt: office@billbrookkreis.de



Impressum

der billbrooker – Ausgabe 1/2025,
Auflage 5.000 Stück, Erscheinungsweise halbjährlich

Herausgeber – Billbrookkreis e.V.,
c/o Hotel Böttcherhof, Wöhlerstraße 2, 22113 Hamburg,
Vereinsregister Nr. 20046, billbrookkreis.de

Vertreten durch den Vorstand – Bernhard Jurasch,
Robert Meyer, Virginia Heik

Kooptierter Vorstand – Dr. Dietmar Buchholz,
Harder Michael Kock

Redaktion v.i.S.d.P. – Bernhard Jurasch, Robert Meyer,
Virginia Heik, office@billbrookkreis.de

Chefredaktion – Karen Grell (gr),
chefredaktion@billbrookkreis.de

Redaktionelle Mitarbeit – Dr. Dietmar Buchholz (db),
Bernhard Jurasch (bj), Robert Meyer (rm)

Art Direction – Mara Saueracker
Herstellung und Anzeigen – Tanja Königshagen
Favorit-Media-Relations GmbH, bueror@fmr-im-norden.de

Druck – Lehmann Offsetdruck und Verlag GmbH

© 2025 Billbrookkreis e.V.
Weiterveröffentlichung von Text und Bild nur nach
schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Irrtümer
und Druckfehler vorbehalten.

dasjobticket.de

powered by AGA Service GmbH

Job mit

Ticket

Damit fahren alle besser!

Jetzt informieren und buchen unter dasjobticket.de

Viele Vorteile für Arbeitgeber und Beschäftigte

Einfache Abwicklung und Verwaltung

Erhältlich schon ab 1 Beschäftigten

TOGETHER WE MEET YOUR CLIMATE

INDAVER

Als Branchenführer wollen Sie die Umwelt so wenig wie möglich belasten. Ein zuverlässiger Partner für Ihr Abfallmanagement kann dazu beitragen. Dank unseres Fokus auf Kreislaufwirtschaft und der Rückgewinnung von Wertstoffen und Energie aus Ihren Abfällen, helfen wir Ihnen Ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Sicher und zirkulär.

INDAVER TRÄGT ZU IHREN KLIMAZIELEN BEI. IN NACHHALTIGER PARTNERSCHAFT DANK 35 JAHREN KNOW-HOW UND INNOVATION.

INDAVER

IHR PARTNER FÜR DIE KREISLAUFWIRTSCHAFT

Noch keinen Partner? Kontaktieren Sie uns:
iws-services@indaver.com | +49 40 73351-141 | www.indaver.com

Rückgewinnung von wertvollen Metallen

**Auch in geringer Konzentration ist die Wiederverwertung von Edelmetallen ein lohnender Schritt.
Ein Beitrag von Dina Filiz, Manager Sales North & East Germany/IndaMP bei Indaver Deutschland GmbH.**

Die Indaver-Gruppe in Billbrook be-
treibt eine der modernsten Anlagen zur
thermischen Behandlung gefährlicher
industrieller Reststoffe und ist ein wich-
tiger Versorger der Stadt mit industrieller
Fernwärme. Das führende europäische
Unternehmen im Bereich der nachhaltigen
Abfallwirtschaft hat seinen Haupt-
sitz in Belgien und sieben weitere in
anderen EU-Ländern und im Vereinigten
Königreich.



Die Indaver-Gruppe setzt auf eine konsequente
Kreislaufwirtschaft. Im Foto: der Unternehmens-
standort in Billbrook.
Foto: Indaver-Gruppe

Indaver investiert konsequent in die Kreis-
laufwirtschaft und trägt somit zu einer
positiven ökologischen und wirtschaft-
lichen Entwicklung in der Umsetzung
neuer Ziele innerhalb des „Green Deals“
der chemischen und pharmazeutischen
Industrie in Europa bei.

Ein wichtiges Thema sind dabei wertvolle
Metalle. Pharmazieunternehmen verwen-
den Edelmetalle wie Palladium, Rhodium,

Iridium und Ruthenium als homogene
Katalysatoren in ihren industriellen
Prozessen. Diese aktivieren gewünschte
Reaktionen in einem breiten Spektrum
organischer Reagenzien und haben die
Fähigkeit, Reaktionswege mit hoher
Effizienz und Selektivität zu steuern.

Einhergehend mit diesen Vorteilen
entstehen aber auch ökologische und
ökonomische Nachteile: Die Gewinnung
von Edelmetallen ist kohlenstoffintensiv
(zum Beispiel ca. 25 Tonnen CO2 pro
Kilogramm Palladium in der Produktion).
Das Angebot ist knapp und stammt meist
aus Südafrika und Nordamerika, früher
auch Russland. Und nach der Reaktion
verbleiben die Edelmetalle verdünnt in
den flüssigen Reststoffen, die gefährlich,
giftig, entflammbar und korrosiv sein
können, was die Rückgewinnung sehr
schwierig macht. Reguläre chemisch-
physikalische Behandlungslösungen als
auch die Aktivkohlebehandlung sind für
die meisten Ströme keine geeignete Be-
handlungsmethode. Früher wurden daher
edelmetallhaltige Flüssigkeiten thermisch
behandelt, die wertvollen Metalle gingen
dann verloren, immer wieder mussten
Rohstoffe erneut abgebaut werden.
Dadurch gerieten auch Marktpreise

dieser Rohstoffe zunehmend unter Druck,
mit wirtschaftlichen Konsequenzen für
die Industrie.

Wirkungsvolle Rückgewin- nungslösungen

Als Antwort auf diese Herausforderungen
hat Indaver effiziente Rückgewinnungs-
lösungen für die Edelmetalle entwickelt.
Diese neuen Inda-MP-Anlagen (Inda-MP
steht für Indaver’s Metal Processing)
setzen mehrere Technologien ein, die die
Rückgewinnung von Edelmetallen aus
dem gesamten Spektrum von Flüssig-
keiten (sie sind entflammbar, lösungsmit-
tel- oder wasserbasiert und weisen einen
hohen Salzgehalt auf) möglich machen.
Die wertvollen Lösungsmittel werden in
den Anlagen von Indaver Solvents weiter
aufgearbeitet und genutzt.

Diese Rückgewinnung schafft eine



Dina Filiz, Regionalmanagerin Vertriebsleitung
Nord & Ost/IndaMP bei Indaver Deutschland.
Foto: Eric Shambroom Photography

sekundäre Quelle für wertvolle Metalle,
die für die europäische Wirtschaft, die
nicht über primäre Edelmetallquellen
verfügt, von entscheidender Bedeutung
ist. Die hohe Rückgewinnungseffizienz
von Edelmetallen und Lösungsmitteln
verringert die Umweltauswirkungen
der Produktionsprozesse und trägt zur
„Circular Economy“ und damit zum Green
Deal bei.

Die Rückgewinnung von bisher 1.350
Kilogramm Palladium und 50 Kilogramm
Ruthenium sind ein Erfolg, dabei konnten
bereits rund 33.000 Tonnen CO2 ver-
mieden werden.



Joachim Borchers

IHR ZUVERLÄSSIGER WINTERDIENST

Unsere Leistungen

Wir sind Ihr Partner für Schnee- & Glättebeseitigung bei
Flächen jeder Größe. Durch den Einsatz verschiedener
Reinigungsarten und Streumittel, passen wir uns Ihren
Gegebenheiten an.

Abrechnungsarten

Wählen Sie zwischen einer Abrechnung nach geleiste-
ten Einsätzen oder einem Pauschalpreis, in welchem
alle Leistungen enthalten sind.

Kostenfreies Angebot anfragen

Bei Großobjekten erstellen wir Ihnen gerne, nach
einer gemeinsamen Objektbegehung, ein individuelles
Angebot. Jetzt anfragen und einen sorgenfreien
Winter sichern!